

WAHLPROGRAMM DER FDP BRANDENBURG

zur Landtagswahl am 14. September 2014

www.fdp-brandenburg.de



**Beschlossen auf der Landesvertreterversammlung
am 21. Juni 2014, in Potsdam**

Inhalt

Präambel Brandenburg kann mehr!	4
Bildung – Die Zukunft steckt in unseren Köpfen	5
Grundsatz	
Frühkindliche Bildung	
Schulische Bildung	
Inklusion	
Berufliche Bildung	
Lebenslanges Lernen	
Hochschule und Forschung	11
Kunst und Kultur	12
Infrastruktur und Energie	14
Infrastruktur	
Energie	
Moderne Netzpolitik für Brandenburg	18
Netzpolitik ist Querschnittsaufgabe	
Netzpolitik für Brandenburgs Zukunft – Schnelles Internet für ganz Brandenburg	
Cloud Computing: Potenziale für Brandenburg erschließen	
Nationale und föderale Cyber-Abwehr stärken	
Ausbau der Medienkompetenz	
Informationelle Selbstbestimmung stärken	
Open Gouvernement und Open Data	
Wirtschaft und Arbeit	21
Wirtschaft	
Arbeit	
Sicheres Brandenburg – Starke Kommunen – Moderne Verwaltung	24
Datenschutz und Informationsfreiheit: Garanten eines liberalen Gemeinschaftswesens	
Liberale Rechtspolitik	
Gesund und mitten im Leben: Liberale Gesundheits- und Pflegepolitik	26
Inklusion endet nicht in der Schule!	
Solide Finanzen und kluge Investitionen	28
Landwirtschaft und Umwelt	30
Landwirtschaft	
Forst und Holz	
Umwelt	33
Bürgergesellschaft – Mehr Eigenverantwortung wagen	35
Familie – Stabilitätsanker im Leben	
Ein besseres Brandenburg ist möglich!	
Impressum	38

PRÄAMBEL BRANDENBURG KANN MEHR!

Brandenburg ist unsere Heimat. Deshalb wollen wir, dass Brandenburg mehr aus seinen Möglichkeiten macht. Brandenburg kann mehr, als die letzten 20 Jahre gezeigt haben. Die Brandenburger können mehr, man muss ihnen nur die notwendigen Freiräume geben, man muss sie nur machen lassen!

In Deutschland wird Brandenburg heute über weite Strecken nicht ernst genommen, weil es nicht kompetent und zukunftsorientiert regiert wird. Genau genommen wird es gar nicht regiert, es wird seit 1994 in sich nur geringfügig wandelnden Farblehren verwaltet. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt genauso hinter der in Deutschland zurück wie die Entwicklung der Einkommen. An unseren Schulen fallen eine Million Stunden Unterricht im Jahr aus, und mit Sorge sehen wir die Zunahme der Kriminalitätsraten.

Die Landesstraßen sind in schlechtem Zustand und drei Buchstaben genügen, um die Landesregierung der Lächerlichkeit preis zu geben: BER! Ein wichtiger und notwendiger Flughafen, gleichsam das wichtigste Infrastrukturprojekt, das das Land schon vor über 10 Jahren gebraucht hätte, dessen Bau durch Inkompetenz und Ignoranz verschiedener Landesregierungen zum weltweiten Treppenwitz wurde. Der BER ist, anstatt Wachstums- und Jobmotor zu sein, zur reinen Geldvernichtungsmaschine für die Brandenburger Bürger geworden, die Investitionen in zusätzliche Lehrer, Polizisten, Straßen, Universitäten und die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum verhindert.

Als Liberale wollen wir eine Regierung, die ihr Handwerk versteht. Wir wollen eine Regierung, die sich auf ihre Kernaufgaben besinnt und die für die Bürger Bildung, Wohlstand und Sicherheit erkämpft. Die Bürger erwarten eine solche Landesregierung – und das zu Recht! Und sie erwarten, dass diese Regierung nach den Erfahrungen aus der Geschichte handelt. Brandenburg war immer ein Land der Vielfalt; ein Land, in welchem Traditionelles und Neuhinzugewonnenes zu einander fanden und sich gegenseitig ergänzten. Brandenburg bedeutet, Toleranz zu leben und Weltoffenheit zu erlangen. Brandenburg heißt Vielfalt!

Wir stehen für ein Brandenburg, das sich zu den Stärken seiner Bürger bekennt und deshalb den Menschen Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Ein Brandenburg, das allen Bürgern die Möglichkeit gibt, ihren eigenen Weg im Leben zu finden und zu gehen.

Diese liberale Einstellung zum Land und seinen Menschen ist unser Kompass und unser Antrieb.

Wir sind überzeugt davon, dass die Brandenburger klug und engagiert sind. Sie werden aber schlecht regiert.

Wir treten am 14. September an, um das zu ändern. Wir treten an, damit die Brandenburger wieder stolz sein können auf den Fleiß und die Ehrlichkeit ihrer Bürger, die Innovationskraft und die Weltoffenheit ihrer Heimat. Das ist

ECHT BRANDENBURG!

BILDUNG – DIE ZUKUNFT STECKT IN UNSEREN KÖPFEN

Freiheit und Wettbewerb als Grundlage für eine bessere Bildung

Grundsatz

Für die FDP ist Bildung ein Grundrecht. Dies setzt voraus, dass alle Kinder faire Startchancen erhalten. Bildung ist mehr als nur Wissensvermittlung, „Bildung ist Freiheit“ (Ludwig Börne). Toleranz, Eigenverantwortung und Freiheit sind Werte, die wir vermitteln wollen. Für uns steht fest: Bildung ist ein elementarer Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung. Bildung ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Sie ist die Grundlage für eine aufstiegsorientierte Gesellschaft. Aus diesem Verständnis heraus sind für uns Investitionen in den Bildungsbereich die beste Investition in die Zukunft unserer Heimat Brandenburg.

Der erste und wichtigste Ort, an dem Bildung vermittelt wird, ist die Familie. Kinder haben ein Recht auf Bildung und Erziehung innerhalb der Familie. Aufgabe staatlichen Handelns ist die Unterstützung der Eltern, damit sie diese Pflicht uneingeschränkt wahrnehmen können.

Aufgabe des Staates ist die Unterstützung von Familien und Bildungseinrichtungen. Die besten Bildungsangebote entstehen vor Ort und im Wettbewerb miteinander. Private Angebote dürfen dabei nicht benachteiligt werden. Das gilt für Kinderbetreuungseinrichtungen ebenso wie für Schulen in freier Trägerschaft. Denn erst durch ein möglichst vielfältiges Angebot wird die beste Qualität sichergestellt. Zugleich sorgen wir aber auch für länderübergreifende Bildungsstandards und bundesweit vergleichbare Bildungsabschlüsse. Dies soll auf dem Wege der Selbstkoordinierung durch die Bundesländer unabhängig vom Bund erfolgen.

In einer Welt, in der sich das Wissen immer schneller vermehrt, ist Bildung ein lebenslanger Prozess, bei dem die Förderung von Methodenkompetenz wichtiger ist als die Vermittlung von Inhalten. Jeder Bürger hat das Recht, aber auch die Pflicht, sich kontinuierlich weiterzubilden. Die Angebote für lebenslanges Lernen sollen vorrangig aus der Wirtschaft und der Gesellschaft kommen, der Staat wird nur nachrangig tätig.

Frühkindliche Bildung

Bildung beginnt nicht erst mit dem Eintritt in die Grundschule. In keiner Lebensphase sind Menschen so lernfähig, wie in der frühen Kindheit. Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für soziale Integration und Chancengerechtigkeit von Beginn an.

Frühkindliche Bildung in Familien und in Bildungseinrichtungen dient den Startchancen eines jeden Kindes und der Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft.

Der Beruf des Erziehers muss in der Gesellschaft höheres Ansehen erlangen. Der Umgang mit Kindern und Jugendlichen, ihren unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Interessen, aber auch möglichen Beeinträchtigungen, erfordert eine hochqualifizierte Ausbildung. Individuelle Förderung der Kinder, Wertevermittlung und verlässliche Betreuung wird neben Organisationsfähigkeit von Erziehern erwartet. Hohe Ansprüche der Gesellschaft müssen von dieser auch entsprechend honoriert werden.

Eine enge Kooperation von Kindertagesbetreuung und Grundschulen ist notwendig, um den Übergang in die Schule für die Kinder erzieherisch erfolgreich zu gestalten.

Deshalb werden wir:

1. ein Stufenkonzept für eine Verbesserung der Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten erarbeiten, welches einen Weg bietet, die Betreuungsrelation auf den bundesdeutschen Durchschnitt anzuheben,
2. die Leiterinnen und Leiter von Kindertagesstätten für die Leitungstätigkeit sowie für Anleitergespräche freistellen. Diese Freistellungen dürfen nicht in die Berechnung der Betreuungsrelation mit aufgenommen werden.
3. die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für eine bessere Sprachförderung erhöhen.
4. den Einstieg in eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern, die dem Anspruch an deren Arbeit gerecht wird, ermöglichen.

Schulische Bildung

Internationale Studien bestätigen, dass die Leistungen von Schülern besser ausfallen, je eigenverantwortlicher ihre Schule ist. Leistungsziel und Output müssen definiert werden. Liberale Schulpolitik will den Schulen daher deutlich mehr Freiheit geben, weil diese selbst am besten wissen, wie sie ihre Schüler optimal fördern können. Kreativität und Dynamik werden sich nur dann wieder zeigen, wenn Schulen nicht mehr von oben nach unten verwaltet werden.

Die Trennung der Zuständigkeit für das pädagogische Personal auf der einen und für das sonstige Personal und die Sachmittel auf der anderen Seite, also die inneren und äußeren Schulangelegenheiten, muss aufgehoben werden, um Bildung aus einer Hand zu gewährleisten. Der gesellschaftliche Status des Lehrers muss gestärkt werden.

Sowohl das pädagogische wie auch das sonstige Personal sind künftig beim Schulträger anzustellen. Dies ist nicht vereinbar mit der Verbeamtung von Lehrern. Lehrerinnen und Lehrer werden aus liberaler Sicht deshalb künftig nicht mehr verbeamtet.

Den Schulen ist die volle Personalverantwortung zu übertragen. Schulleiter sollen Dienstvorgesetzte sein. Neueinstellungen werden vom Träger vorgenommen.

Das Land stellt eine ausreichende finanzielle Ausstattung sicher und legt den Personalschlüssel für die jeweiligen Schulen fest. Dabei ist eine Umstellung des Finanzierungssystems für Schulen erforderlich. Über die Abrechnung von Schülervollkosten werden künftig alle Kinder gefördert, unabhängig davon, welche Schule sie besuchen. Jeder Schüler ist gleich viel wert.

Durch eigenverantwortliche Bildungseinrichtungen werden nicht nur regionale und fachliche Schwerpunkte gefördert, sondern den Eltern und Kindern wird ein breites Angebot an verschiedenen Bildungsansätzen offeriert. Ideologieabhängige Strukturen lehnen wir ab! Vielmehr setzt sich im Wettbewerb vor Ort das geeignete Schulangebot durch.

Durch die demografischen Veränderungen, aber auch durch eine wachsende Nachfrage nach alternativen Bildungsangeboten, sind strukturelle Veränderungen unvermeidbar. Dabei gilt es, neben der Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen und dem Wettbewerb der Ideen auch ein gymnasiales Angebot sicherzustellen.

Unabhängig von der Organisation der Schulstruktur setzen Liberale auf die Durchlässigkeit der Systeme. Die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Schulform darf kein Einschnitt in die persönliche Bildungsbiographie sein, sondern muss die aktuell bestmögliche individuelle Förderung sicherstellen, ohne den späteren Wechsel auf eine andere Schule unmöglich zu machen.

Unabhängig von der Organisation von Schule benötigen wir jedoch eine Schule, die individuelle und begabungsgerechte Förderung zulässt. Zudem muss künftig in den Schulen eine verstärkte und wirkungsvolle Berufs- und Studienorientierung geleistet werden. Ebenso muss die generelle Medienkompetenz unserer Kinder im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen der digitalen Welt gestärkt werden.

Die Liberalen in Brandenburg sehen die Lehrerausbildung als bedeutsame Investition in die Zukunft. Der Lehrerberuf ist wichtig für erfolgreiche Bildung. Parallel zur theoretischen Ausbildung an der Universität (Erziehungswissenschaften und Fachausbildung) benötigt es praktische Anteile in Form von Praktika an den Schulen. Der frühe Einblick in schulische Abläufe sowie die Erprobung von Unterricht während der gesamten Zeit des Studiums sind für eine erfolgreiche Lehrerausbildung eminent wichtig. Damit die Lehrer auch die sich verändernden didaktisch-methodischen Theorien und Modelle erlernen und in ihren Unterricht vor allem vor dem Hintergrund des lebenslangen Lernens einbauen können, sollen sie verbesserte Möglichkeiten der Weiterbildung bekommen. Dies dient sowohl der Qualitätssicherung als auch der Aktualisierung der Lehre.

Vorurteile und Diskriminierung dürfen in unserem Bildungssystem keinen Platz haben. Nur in einer angstfreien Umgebung können Schülerinnen und Schüler heranwachsen und neben den fachlichen Inhalten auch soziale Prozesse verstehen lernen. Die Thematik der sexuellen Identität muss verbindlich in den Lehrplänen der Schulen verankert werden. Die entsprechenden Aufklärungsinitiativen müssen mit ausreichenden Mitteln für Schülerprojekte, aber auch für Lehrerfortbildungen ausgestattet werden. Lehrer müssen in Aus- und Fortbildung verbindlich für das Thema der sexuellen Identität sensibilisiert werden.

Deshalb werden wir:

1. die Klassenstärken senken. Dabei sollen pro Klasse nicht mehr als 23 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.
2. wirklichen Teilungs- und Förderunterricht tatsächlich garantieren. Nicht erteilter Teilungs- und Förderunterricht muss künftig in der Unterrichtsausfallstatistik erscheinen.
3. ein Modell entwickeln, in dem neben dem pädagogischen Personal weitere Professionen in einem Team innerhalb der Schule arbeiten. Deshalb setzen wir uns für mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen ein. Hier sind sowohl das Land als auch der Bund gefordert. Über das SGB VIII – Kinder und Jugendhilfegesetz hat der Bund jederzeit die Möglichkeit, ein Schulsozialarbeiterprogramm aufzulegen, ebenso, wie das Land diese Möglichkeit jederzeit nutzen kann, den schulpсихologischen Dienst auszubauen.
4. sichern, dass das Land künftig mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellt. Mindestens die Zahl der ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer muss entsprechend des zu erwartenden Bedarfes ersetzt werden. Zur Vermeidung des hohen, nicht nach Stundentafel erteilten Unterrichts, wollen wir zusätzlich 1000 Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Insgesamt werden so in der kommenden Legislaturperiode 5.500 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.

Inklusion

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist ein Meilenstein auf dem Weg zu vollständiger Gleichberechtigung, Teilhabe und Chancengleichheit behinderter Menschen. Selbstbestimmung, vollständige gesellschaftliche Teilhabe und die Sicherung von Chancengerechtigkeit sind selbstverständliche Bestandteile liberaler Gesellschaftspolitik.

Durch die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen haben sich die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen.

Um das Hauptziel der Konvention, nämlich das Begreifen von Behinderung nicht als Schwäche, sondern als menschliche Normalität, zu erreichen, bedarf es einer sorgfältigen und öffentlichen Diskussion sowie einer Überprüfung unserer politischen, rechtlichen und sozialen Realität.

Die FDP steht hinter dem Ziel der Inklusion von Menschen mit Behinderungen auch im Bildungsbereich. Dabei orientieren wir uns jedoch insbesondere am Wohl des Kindes. Dort, wo Inklusion möglich ist, soll sie stattfinden, dort, wo eine getrennte Förderung nötig ist, soll sie auch möglich sein.

Wir stellen ausdrücklich fest, dass ein inklusives Bildungssystem die Existenz von Förderschulen nicht ausschließt. Liberale wollen das Wahlrecht der Eltern stärken und ihnen die notwendigen Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen.

Inklusion führt zu Toleranz und Verständnis von Menschen, die unterschiedlich sind. Diese Toleranz und dieses Verständnis wollen Liberale fördern.

Dabei ist uns bewusst, dass die Inklusion im Bildungsbereich eine tiefgehende Veränderung der Regelschulsysteme in Deutschland voraussetzt. Ein inklusives Bildungssystem ist nur möglich, wenn Regelschulen inklusiver werden. Dazu sind die notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Kinder, die eine Schule besuchen wollen, von dieser auch aufgenommen werden können.

Für die FDP Brandenburg steht fest, dass folgende Bedingungen erfüllt sein müssen, bevor Inklusion in aller Konsequenz umgesetzt werden kann:

1. Senkung der Klassengrößen entsprechend der geltenden Sonderpädagogik VO sowie die Erhöhung der Einstellungszahlen der Lehrerinnen und Lehrer
2. Verminderung von Unterrichtsausfall und des Ausfalls von Teilungs- und Förderstunden
3. Verankerung der sonderpädagogischen Ausbildung in allen Formen der Lehrerausbildung aller Schulformen sowie ein Konzept für konkrete Maßnahmen zur Lehrerfort- und -weiterbildung
4. Veränderung der pädagogischen Konzepte von Unterricht und Lernen
5. Vollständige Klärung und Sicherung der Finanzierung, insbesondere der notwendigen baulichen Veränderungen, durch die Landesregierung unter Wahrung des Konnexitätsprinzips
6. Informationsveranstaltungen in den allgemeinbildenden Schulen / Regelschulen in Vorbereitung auf die inklusive Schulbildung, um Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer auf dieses Vorhaben vorzubereiten.

Berufliche Bildung

Das deutsche Berufsbildungssystem ist eine tragende Säule zur Sicherung unseres Fachkräftebedarfs und damit der Wirtschaftskraft unseres Landes. Damit das erfolgreiche System der dualen Berufsausbildung funktions- und zukunftsfähig bleibt, muss es an die anstehenden Herausforderungen unserer Zeit angepasst und entsprechend ausgerichtet werden. Angesichts des demographischen Wandels ist zu erwarten, dass das Gesamtpotential für die Ausbildungsnachfrage in den nächsten Jahrzehnten deutlich zurückgehen wird. Während es früher einen Mangel an Ausbildungsplätzen gab, gibt es zukünftig eher einen Mangel an Bewerbern. Gleichzeitig steigen die Anforderungen einer globalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt an die Fähigkeiten und Fertigkeiten, das Wissen und Können jedes einzelnen Lehrlings.

Wichtig ist es, die Berufsausbildung nicht isoliert zu betrachten, sondern sie gemeinsam mit schulischer und akademischer Bildung in den Gesamtzusammenhang des Bildungssystems einzuordnen.

Die FDP Brandenburg setzt sich im Zuge der Europäisierung des beruflichen Bildungswesens dafür ein, dass unsere duale Ausbildung im Deutschen Qualifikationsrahmen und bei der Entwicklung des Europäischen Leistungspunktesystems angemessen hoch eingestuft wird. Ziel aller beruflichen Bildungsgänge ist die Vermittlung beruflicher Handlungskompetenz. Besonders die Befähigung für lebenslanges Lernen ist die Basis zur Beschäftigungssicherung. Dabei muss das berufliche Bildungswesen sowohl für leistungsstarke Jugendliche als auch für leistungsschwächere Chancen bieten, eine ihnen gemäße berufliche Qualifikation zu erreichen. Die wachsenden Anforderungen an Bewerber und die hohe Zahl an Ausbildungsabbrüchen erfordern eine stärkere Orientierung an der Ausbildungsreife der Schulabgänger. Für ihre Lernmotivation ist die verstärkte Berufsorientierung auch an allgemeinbildenden Schulen eine unerlässliche Bedingung.

Die Einrichtungen der beruflichen Bildung müssen Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden, wie es mit barrierefreien Betriebsgebäuden, technischen Hilfsangeboten, digital verfügbaren Lernmitteln, speziellen Beratungsangeboten, flexiblen Lernzeiten und Prüfungsbedingungen möglich ist. In Werkstätten soll eine gezielte Weiterbildung für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung vermittelt werden.

Die FDP Brandenburg erwartet von der Wirtschaft, dass sie den von ihr benötigten Fachkräftenachwuchs primär in eigener Verantwortung ausbildet und dabei möglichst allen Bewerbern ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt. Die Wirtschaft leistet damit auch einen wesentlichen sozialen Beitrag für die Gesellschaft.

Technologische Entwicklungen, Verlagerungen von Produktionszweigen ins Ausland und sich wandelnde Berufsbilder erfordern flexible Ausbildungsordnungen. Einer breiten beruflichen Grundbildung müssen Möglichkeiten zur Spezialisierung folgen. Um die Transparenz, Durchlässigkeit und die Mobilität in der beruflichen Bildung zu fördern, befürwortet die FDP Brandenburg im Zuge der Modernisierung der dualen Ausbildung ein System von gestuften Grund-, Spezial- und Wahlpflichtbausteinen unter Beachtung des Berufsprinzips. Dabei wird zwischen Berufen mit zwei- und dreijähriger Ausbildungszeit unterschieden. Berufe mit zweijähriger Ausbildungszeit mit der Möglichkeit zur Weiterqualifizierung sollten vermehrt eingeführt werden. Dabei muss der Anschluss an eine grundständige dreieinhalbjährige Ausbildung gewährleistet sein. Außerdem muss der Ausbau der Zusatzqualifikationen im Rahmen einer dualen Ausbildung verstärkt werden.

Lebenslanges Lernen

Mehr als früher gibt es heute keinen Zeitpunkt mehr, an dem der Prozess des Wissenserwerbs endgültig abgeschlossen wäre. In der modernen Wissensgesellschaft hat man nie „ausgelernt“. Vielmehr beruhen gesellschaftliche Teilhabe und beruflicher Erfolg auf der Bereitschaft, ein Leben lang kontinuierlich Wissen und Kompetenzen zu erwerben.

Nicht zuletzt deswegen ist es erforderlich, dem Prozess und den Rahmenbedingungen des lebenslangen Lernens ein höheres Maß an Aufmerksamkeit zu schenken. Der im Vergleich zu Bildungsangeboten auf allgemeinbildendem oder akademischem Niveau weitgehend als informell und unsystematisch wahrgenommene Charakter der Weiterbildung hat dazu geführt, dass dem Weiterbildungsbereich die ihm eigentlich zustehende Bedeutung nicht beigemessen wurde. Wir müssen in unserer Gesellschaft, die durch immer kürzer werdende Innovationszyklen und eine immer länger werdende Lebensspanne der Bürger gekennzeichnet ist, dafür sorgen, dass die Weiterbildung und das lebenslange Lernen einen Rahmen und eine Förderstruktur finden, welche ihrer Bedeutung gerecht werden. Die Chancen der digitalen Welt sollten allen Bürgern jeden Alters zugute kommen, weshalb die Medienkompetenz im Hinblick auf das lebenslange Lernen besonders im Fokus steht.

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Die Brandenburger Hochschulen sind Ausgangspunkt für Wissen und Innovation. Sie haben eine herausgehobene Stellung für die höchste Qualifizierung der Jugend und sind zugleich ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Mit ihren drei Universitäten und den fünf Fachhochschulen, den privaten Hochschuleinrichtungen sowie der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ bietet die brandenburgische Hochschullandschaft das Potential, zu einem Innovationsmotor des Landes zu werden. Dafür benötigen die Hochschulen aber die strukturelle und finanzielle Planungssicherheit, um qualitativ hochwertige Lehre und exzellente wissenschaftliche Leistung anbieten zu können. Die FDP steht für marktfähige Innovationen und fördert daher Kooperationen von Wirtschaft und Forschung.

Es ist unerlässlich, den Hochschulen einen möglichst hohen Grad an Autonomie zu belassen. Dabei werden die Hochschulen von jeweils eigenen Hochschulräten unterstützt, die die Genehmigungsfunktion des Landes weitgehend übernehmen. Der Landeshochschulrat wird aufgelöst. Das Land wird seine Verantwortung über Zielvereinbarungen und Rechenschaftslegung wahrnehmen.

Die FDP Brandenburg wird den Hochschulen durch die Abschaffung einschränkender und behindernder Vorschriften mehr Freiheit geben. Dazu gehören

- › die Ablehnung einer übergeordneten Bürokratie bei der Wahrung des Rechts auf Kontrolle und Effizienz. Wir lehnen Eingriffe in die Hochschulautonomie durch die Ministerialbürokratie bei Wahrung des Rechts auf Finanzkontrolle ab.
- › die Ersetzung der Kapazitätsverordnung durch das „Geld folgt Studierenden Modell“, damit die Studierenden und nicht starr festgelegte Kapazitätsgrenzen über die Betreuungsrelation entscheiden,
- › die Reformierung der Lehrverpflichtungsverordnung hin zu individuellen Zielvereinbarungen zwischen Hochschule und Lehrenden,
- › das Recht der Hochschulen, von ihren Studierenden nachgelagerte Studienentgelte zur Verbesserung der Lehrqualität zu erheben. Voraussetzung dafür ist, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen durch das Land vorher beseitigt wird. Studienentgelte dürfen nicht die staatliche Grundfinanzierung ersetzen.
- › die Überprüfung aller weiteren Vorschriften und Überführung der sinnvollen Regelungen in ein schlankes Hochschulfreiheitsgesetz.

Liberaler Hochschulpolitik orientiert sich vor allem an den Studierenden. Diese stehen im Mittelpunkt der Bemühungen, die brandenburgische Hochschullandschaft an die Spitze zu führen. Forschung und Technologietransfer sind enorm wichtig für Brandenburg, die Studienbedingungen an den Hochschulen dürfen aber deswegen nicht zurückgestellt werden.

Dafür fordert die FDP Brandenburg:

- › bessere Studienfach- und Studienfinanzierungsberatung bereits vor Erreichen der Sekundarstufe II. Durch ausführliche Beratung werden weniger potentielle Studierende vom Studium abgehalten und die Anzahl der Studienabbrecher wird verringert.
- › Anreizsysteme für eine qualitativ hochwertige Lehre. Zukünftig muss bei der Finanzierung der Hochschule sowie bei der Auswahl von Hochschulpersonal die Qualität der Lehre eine entscheidende Stellung einnehmen.

- › eine Veränderung des Hochschulrechtes, so dass die zusätzliche Einstellung von Lehrpersonal nicht automatisch zur Ausweitung der Kapazität führt.
- › eine flächendeckende Evaluation der Lehrveranstaltungen, damit Lernende und Lehrende gemeinsam Hochschulbildung gestalten.
- › Verbesserung des Übergangs vom Bachelor- ins Masterstudium durch die Vermeidung von unsachgemäßen Hürden in der Zulassung sowie die Umkehr der Beweislast in Anerkennungsfragen bei konsekutiven Masterstudiengängen.

Wir streben eine verstärkte Differenzierung der Profile von Hochschulen an. Leistungsbezogene Mittelvergabe wird deshalb verstärkt neben Forschungsexzellenz auch Kriterien wie die Qualität der Lehre und Lernen, Wissenschaftler, die Internationalisierung der Hochschulen und regionales bzw. grenzüberschreitendes Engagement berücksichtigen.

Mittelfristig wollen wir einen gemeinsamen Hochschulraum Berlin-Brandenburg erreichen.

KUNST UND KULTUR

Die Liberalen wollen die wenig effektive und intransparente Kulturförderung auf eine völlig neue Basis stellen, indem eine unabhängige Stiftung nach dem Modell der Bundeskulturstiftung oder des Berliner Hauptstadt-Kulturfonds anstelle von Politik und Ministerialbürokratie die Verteilung der Mittel übernimmt. Das Land gibt die Mittel, die es zur Kulturförderung vorgesehen hat, in eine Stiftung. Dazu gehören auch alle Toto-Lotto-Mittel, die jetzt den einzelnen Ministern zur Verfügung gestellt werden. Im Kuratorium dieser Stiftung sollen unabhängige, hoch angesehene Kulturschaffende, Künstler, Vertreter von kulturnahen Verbänden und Institutionen, Kommunen und auch Bürger als Kulturkonsumenten die Entscheidungen treffen. Diese staats-, politik-, und parteiferne Stiftung verteilt diese Mittel allein nach fachlichen Kriterien auf der Grundlage einer Satzung, in der diese Ziele und Verfahren verankert sind. Dort ist auch festzulegen, dass die Stiftung nicht für die sogenannte institutionelle Förderung in Anspruch genommen werden kann.

Öffentliche Musik- und Kunstschulen sind Teil des Öffentlichen Bildungssystems. Bei der Finanzierung müssen die meist kommunalen Träger und die Eltern, die jetzt über 90% der Kosten tragen, deutlich entlastet werden. Der Landesanteil, der seit 2003 trotz kräftig gestiegener Schülerzahlen und erheblich höherer Personalkosten stetig gesunken ist, muss wieder auf das Niveau von mindestens 15% angehoben werden. Die Kunstschulen müssen den Musikschulen gleichgestellt werden.

Die im Land Brandenburg entstandenen Bergbaufolgelandschaften bieten Freiraum für eine innovative Architektur mit hohem Erholungswert, die auch international, mit kulturellen Elementen verknüpft, das Land Brandenburg attraktiver und damit wirtschaftlich erfolgreicher werden lässt. Werte aus der Geschichte unseres Landes gilt es zu erhalten und durch sinnvolle Aktivitäten im Ausstellungsbereich als Quelle von touristischen Aktivitäten zu nutzen. Die FDP unterstützt auch die internationalen Projekte, die sich mit diesen Werten auseinander setzen.

Insbesondere Gebäudestrukturen im ländlichen Raum bedürfen eines hohen Maßes an gesellschaftlicher Aufmerksamkeit auf breiter Basis. Nicht nur die großen, überregional bekannten, sondern auch kleine lokale Denkmale sind schützenswert, da sie mit der Geschichte der dort lebenden Menschen verbunden sind und einen Faktor in der Lebensqualität vor Ort darstellen. Die FDP wird Initiativen vor

allem auch im grenznahen Raum zu Polen fördernd begleiten. Die kulturelle Vielfalt der Sorben ist der FDP ein förderungswürdiges Anliegen.

Wir wollen aber darüber hinaus Kulturwirtschaft neu denken und uns besonders für die kleineren privaten Initiativen von Künstlern und Kreativen, die die Kulturszene in unserem Land immer mehr bereichern, engagieren. Moderne Kunst ist eigenwillig, sie erschließt sich nicht jedem, trotzdem wären wir arm, hätten wir sie nicht. Künstlerkolonien sind entstanden, die Dörfern und Landschaften neue Inhalte und neue Perspektiven geben. Historische Gebäude sind durch private Initiativen von Kreativen und Künstlern gerettet worden. Dadurch sind Arbeitsplätze im dörflichen Umfeld entstanden. Galerien repräsentieren die Kunst und ihre Menschen aus Brandenburg. Dem gilt unsere hohe Wertschätzung. Deshalb wollen wir Gründungen und Ansiedlungen durch Bürokratieabbau, Unterstützung bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln und zügigen Ausbau des schnellen Internet auch in den ländlichen Regionen gezielt unterstützen.

Die FDP setzt sich konsequent für den Erhalt von Denkmälern ein. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung einer Brandenburgischen Denkmalstiftung, die aus öffentlichen und privaten Mitteln gespeist wird. Sie unterstützt vor allem private Initiativen vor Ort, um die Restaurierung denkmalgeschützter Objekte und ihre Nachnutzung zu ermöglichen.

INFRASTRUKTUR UND ENERGIE

Infrastruktur

Nichts ist für die Zukunft unseres Landes so entscheidend wie der infrastrukturelle Rahmen, innerhalb dessen sich Wachstum, Innovation und Wohlstand entwickeln können. Ohne ein stabiles infrastrukturelles Fundament ist das Aktivieren der Entwicklungskräfte unserer Gesellschaft nur schwerlich möglich. Ohne funktionierende und werterhaltende Infrastruktur ist alles nichts!

Dabei werden wir den Begriff der Infrastruktur in unserem politischen Handeln weiter fassen, als das bislang getan wird. Infrastruktur ist für uns alles, was Bildung, Wissenschaft und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land zukunftsorientiert ermöglicht. Dazu gehören die klassischen Felder der Verkehrs- und Stromnetzinfrastruktur genauso wie die immer bedeutender werdenden Felder der Breitbandversorgung! Die Infrastruktur verbindet die Regionen des Landes. Sie sorgt dafür, dass der Standort, an denen Wertschöpfung entsteht, werthaltig wird und dass sich die urbanen und die ländlichen Regionen auch ohne gleichartige Verhältnisse gleichwertig entwickeln. Wer die Vielfalt unseres Landes zu unser aller Vorteil nutzen will, der nimmt die Infrastruktur als Anfang aller Daseinsvorsorge in den Fokus seines Handelns – wir wollen das!

Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur werden wir daher als erstes den Landeshaushalt so umsteuern, dass die nachhaltige Sicherung des Werterhaltes unserer Landesstraßen gesichert ist. Dabei ist für uns unstrittig, dass wir, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keinen Neubau von Landesstraßen mehr brauchen, aber umso mehr die Unterhaltung des bestehenden Netzes. Es ist daher unerlässlich, dass wir im Minimum jährlich 60 Mio. EUR in die Erhaltung der Landesstraßen investieren. Hierzu werden wir die Mittel für die Landesstraßenunterhaltung aus den Zwängen und der Beliebigkeit des jährlich aufzustellenden operativen Landeshaushaltes lösen und langfristig gesichert ein „Sondervermögen Landesstraßen“ anlegen.

Energie

Ein Schlüsselement der Infrastruktur ist die Energiepolitik. Brandenburg hat einen wesentlichen Teil der Versorgung für die Hauptstadtregion Berlin zu gewährleisten. Deshalb kann keine energiepolitische Betrachtung losgelöst von Berlin stattfinden. Energiepolitische Chancen durch technischen Fortschritt müssen kontinuierlich in eine nachhaltige Energiepolitik des Landes einbezogen werden. Technologieoffenheit ist Voraussetzung für eine wirtschaftlich und ökologisch erfolgreiche Energiepolitik.

Das aktive Engagement der Bürger muss dabei jederzeit im Vordergrund stehen. Die Bürger müssen frühzeitig und aktiv in Planung, Umsetzung und Betrieb von Energieprojekten eingebunden werden. Neben den gängigen Prozessen sollen deshalb neue Formen und Methoden gefunden werden, vorab die Bürger an Diskussionen zur Notwendigkeit von Investitionen und der Abwägung von Alternativen zu beteiligen.

Die energiepolitische Debatte soll öffentlich geführt werden. Statt einer Konzentration auf einzelne Technologien werden wir Liberalen darauf hinwirken, dass klare Abwägungen zwischen verschiedenen Zielen vorgenommen und wirtschaftliche, umweltrelevante und soziale Folgen von Entscheidungen umfassend dargestellt werden. Die Bürger müssen wissen, welche Belastungen und Kosten für unterschiedliche Entscheidungen auf sie zukommen.

Die FDP Brandenburg setzt sich dafür ein, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es der Bevölkerung ermöglichen, an dezentralen, bürgernahen Energieprojekten zu partizipieren und somit von der lokalen Energieerzeugung zu profitieren. Unter anderem bieten dabei Bürgerenergieprojekte die Gelegenheit, kommunale Energiepolitik und lokale Energiesysteme mitzugestalten sowie umweltfreundliche und günstige Energie zu produzieren. Über ihre finanzielle Beteiligung an Projekten können die Bürger direkt am möglichen finanziellen Erfolg eines Projektes partizipieren und sich stärker mit einem Projekt identifizieren. Zudem generieren Bürgerenergieprojekte positive Effekte für die lokale Wertschöpfung und stärken so den ländlichen Raum.

Energiepolitik ist Wirtschaftspolitik. Steigende Energiepreise belasten Unternehmen. Für diese bedeuten steigende Energiepreise einen Nachteil im nationalen und internationalen Wettbewerb. Auf der anderen Seite eröffnet der Umbau unserer Energiesysteme regionalen Unternehmen der Energiewirtschaft und der energetischen Dienstleistungen neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Als Liberale setzen wir auf mehr Mut und Vertrauen in die regionale Innovationskraft und die Stärkung der regionalen Wertschöpfung im Energiebereich. So können auch Herausforderungen, wie der Aufbau einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft nach dem Ende der Nutzung der Braunkohle, gemeistert werden.

Der Energiemix und die Ansiedlung von Energieerzeugungsanlagen müssen in Zukunft stärker Marktmechanismen unterliegen. Dezentrale Energieerzeugungsanlagen jeglicher Art müssen schneller wirtschaftlich werden, um Fehlansiedlungen zu vermeiden. Wir werden Konzepte befördern, die die lokale Energieerzeugung und -abnahme zusammenführen, um die Netze zu entlasten und effizientere Energielösungen zu beschleunigen.

Die Kosten neuer, bundesweit von allen Verbrauchern benötigter Netztrassen, dürfen nicht einseitig den Verbrauchern in den Regionen, in denen diese Trassen errichtet werden, aufgebürdet werden. Die Kosten des bundesweiten Netzausbaus müssen stattdessen gleichmäßig von allen Stromverbrauchern getragen werden. Eine besondere Belastung der Brandenburger Bürger darf daraus nicht resultieren. Wir werden daher als eine der ersten Maßnahmen eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel starten, zu einer Neuorientierung des Systems der Netzentgelte in Deutschland zu kommen.

Die FDP Brandenburg verfolgt die Vision des Ausbaus **dezentraler Energieversorgungslösungen**. Wir wollen, dass die Potenziale dezentraler Energieerzeugung auch genutzt werden. In Ballungsräumen eröffnet die dezentrale gekoppelte Erzeugung von Wärme und Strom neue Möglichkeiten zur Nutzung des technischen Fortschritts und führt zu mehr Vielfalt und Wettbewerb. Aber auch im ländlichen Raum müssen in Zukunft intelligente Gesamtkonzepte zur Strom-, Wärme- und Mobilitätsbereitstellung und innovative Lösungen zur Direktversorgung stärker zum Einsatz kommen. Dabei sollen Schwankungen der Abnahme und der Energieerzeugung möglichst lokal und regional ausgeglichen werden.

Um Verbrauch und Erzeugung besser abzustimmen und die Energieeffizienz zu erhöhen, müssen die Netze, durch die Energie verteilt wird, „intelligent“ werden („**Smart grids**“). Wir wollen die Einführung der dafür notwendigen technischen Standards wettbewerbsfreundlich vorantreiben. Intelligente Lösungen, die die Auswirkungen der Fluktuation erneuerbarer Energieerzeugung reduzieren, sind zu bevorzugen, denn sie reduzieren den Bedarf für den Netzausbau und zur Speicherung überschüssigen Stroms.

Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Strom in größerem Umfang und effizienter gespeichert werden kann. Die entsprechende energietechnische Forschung an den Hochschulen, außeruni-

versitären Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen ist daher zu intensivieren.

Für die nötige Versorgungssicherheit und zur Sicherung der Stabilität der Stromnetze ist es notwendig, in ausreichendem Maße jederzeit verfügbare Erzeugungskapazitäten bereit zu stellen, um die angeforderte Stromabnahme zu jedem Zeitpunkt sicher befriedigen zu können. Das Energiekonzept für diese Anforderung soll technologieoffen gestaltet werden.

Die FDP setzt sich für die gezielte Förderung und den Ausbau regionaler Potenziale für **erneuerbare Energien** ein. Einer gehobenen Bedeutung kommen daher regionale Energiekonzepte zu, die die Potenziale vor Ort optimal ausschöpfen.

Die FDP setzt sich für Projekte ein, welche die erneuerbaren Energien unmittelbar mit regionalen Abnehmern verbinden. Hierbei erzeugter Strom soll vorrangig regional verbraucht werden. Dabei ist sowohl eine Nutzung (auch durch Umwandlung in Wärme) durch Privathaushalte als auch durch die regionale Industrie und das örtliche Gewerbe anzudenken. Der notwendige Aufwand für den Ausbau der Verteilungsnetze ist jedoch zu berücksichtigen und, wo möglich, zu minimieren.

Für die Nutzung erneuerbarer Energien sind auch die erneuerbaren Potentiale in der Wärmeerzeugung und der Mobilitätsbereitstellung, jeweils entsprechend ihrer technischen Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit, zu betrachten.

Die **Braunkohle** ist derzeit für die Region Berlin-Brandenburg eine zur Deckung der notwendigen Grundlast besonders kostengünstige Technologie. Die Rahmenbedingungen für die Braunkohle müssen ideologiefrei und unter Einhaltung von Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ständig weiterentwickelt werden. Dabei darf es keine Denk- und Forschungsverbote wie bei der CCS-Technologie geben, da die Braunkohle noch lange die Grundlast der Energieversorgung in Brandenburg tragen muss.

Die FDP setzt sich dafür ein, unverzüglich konkrete alternative Konzepte für eine zukünftige Versorgung der Region Berlin-Brandenburg auch ohne Braunkohle zu entwickeln. Zu dem Zeitpunkt, zu dem Entscheidungen über neue Tagebaue oder neue Kraftwerke getroffen werden müssen, müssen ausgearbeitete alternative Konzepte vorliegen. Dies sind wir vor allem auch der Lausitz schuldig! Es muss uns gelingen, die Chancen für die Lausitz, die in einem langen aber bereits absehbaren Strukturwandel liegen, rechtzeitig zu nutzen.

Die FDP versteht Energieeffizienz in einem umfassenden Sinne als Ziel. So senkt die Ersetzung von Altgeräten durch Neugeräte mit niedrigerem Energiebedarf z. B. den Energieverbrauch, verursacht aber einen zusätzlichen Ressourcenverbrauch, der oft durch die erzielte Energieeinsparung nicht zu rechtfertigen ist. Die einseitige politische Fokussierung auf die Energieeffizienz von Geräten und Gebäuden führt deshalb häufig zu Fehlsteuerungen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass vor der Umsetzung von Maßnahmen oder der Schaffung neuer Auflagen und Normen immer die Senkung von Energie und Ressourcenverbrauch sowie die Umweltbelastung im Ganzen betrachtet und bewertet wird.

Wir wollen die **energetische Sanierung von Gebäuden** nur dort gezielt anstoßen, wo sie sich wirtschaftlich rechnet. Dazu bedarf es keiner finanziellen Zuschüsse sondern besserer Information der Bürger und vorbildhafter Sanierung landeseigener Gebäude. Die hohen energetischen Standards für Neubauten auch direkt auf Altbauten zu übertragen, lehnen wir ab!

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse können bestimmte Entwicklungen beschleunigen oder auch eingeschlagene Wege obsolet werden lassen. Chancen, die sich durch den technologischen Fortschritt

ergeben, müssen kontinuierlich in die energiepolitischen Überlegungen eingebunden werden. Grundlage des technologischen Fortschritts ist und bleibt die Forschung.

Strategische Partner der Energieforschung und anwendungsbezogenen Entwicklung sind dabei die Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Berlin und Brandenburg. Die Initiierung und Erleichterung von entsprechenden Kooperationen muss in die Clusterbildungsstrategien von Berlin und Brandenburg integriert werden. Insbesondere soll erreicht werden, dass nicht nur Forschung und Entwicklung, sondern auch deren Anwendung gefördert wird.

MODERNE NETZPOLITIK FÜR BRANDENBURG

Netzpolitik ist Querschnittsaufgabe

Das Internet wird zunehmend zu einer Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe und zu einem wichtigen Instrument der Demokratie. Netzpolitik ist ein temporärer Querschnittsansatz zur Begleitung der Digitalisierung der Gesellschaft im politischen Raum. Was vor wenigen Jahren als Nischenthema Einzug in die Politik hielt, ist mittlerweile zu einem bedeutenden neuen Politikfeld geworden. Als Querschnittsthema ist Netzpolitik dabei an verschiedene politische Themen angegliedert und hat nachhaltigen Einfluss auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen.

Grundlegende Entscheidungen zu netzpolitischen Themen haben Auswirkungen auf das alltägliche Leben, ob bewusst wahrgenommen oder nicht. Traditionelle Politikfelder, wie Wirtschaftspolitik, Rechtspolitik, Medienpolitik und Kulturpolitik, sind nur einige der Themenfelder und stehen in direkter Wechselwirkung mit Netzpolitik. Aufgabe der Politik ist es, die Teilhabe aller Privatpersonen, sowie der Wirtschaft und der Verwaltung, an der rasanten Entwicklung zu ermöglichen. Dazu müssen Regeln gefunden werden, die Chancen für innovative Ideen und neue Geschäftsmodelle in der Informationsgesellschaft bieten und gleichzeitig vorhandene Abläufe an die neuen Rahmenbedingungen des digitalen Wandels anpassen. Dabei ist der Ordnungsrahmen teilweise neu zu setzen und Risiken sind zu vermeiden.

Netzpolitik für Brandenburgs Zukunft - Schnelles Internet für ganz Brandenburg

Dem Breitbandausbau in Brandenburg muss ein hoher Stellenwert beigemessen werden. Schnelle Datenverbindungen sind heute eine unverzichtbare Infrastruktur für Bürger und Unternehmen und ein Standortfaktor für Kommunen. Für viele Unternehmen hat eine gute Breitbandversorgung inzwischen die gleiche Bedeutung wie eine gute Verkehrsanbindung.

Immer mehr Bereiche des Lebens – Arbeit, Bildung, Einkauf, Gesundheit, Haushalt oder einfach nur Unterhaltung – werden von der digitalen Welt erfasst.

Eine moderne, leistungsfähige Breitbandversorgung hat eine entscheidende strategische Bedeutung für die Zukunft ländlicher Räume. Gerade für ländliche Regionen ergeben sich daraus neue Entwicklungspotenziale. Lange Wege und der damit verbundene Zeit- und Kostenaufwand sind oft Nachteile für Standorte auf dem Land. Durch das Internet und virtuelle Kommunikation lassen sich diese Hemmnisse deutlich vermindern. In dem Maße, wie Onlinelösungen zu mehr Komfort und weniger Kosten führen, profitiert der ländliche Raum sogar besonders.

Mit dem flächendeckenden Ausbau der Breitbandnetze muss Brandenburg die Grundlage für künftiges wirtschaftliches Wachstum schaffen. Diese Schlüsselinfrastruktur muss sowohl im Ballungsraum wie auch in den ländlichen Räumen für die Wirtschaft und die privaten Nutzer zur Verfügung stehen.

Während Telekommunikationsunternehmen in einigen Bereichen bereits hohe Übertragungsgeschwindigkeiten mit bis zu 100 Mbit/s anbieten, sind schnelle Datenleitungen im ländlichen Raum für Versorger und Nachfrager durch hohe Ausbaukosten und niedrige Anschlussgrößen oft unwirtschaftlich. Die FDP will daher an jenen Stellen den Breitband-Ausbau fördern, an denen der Ausbau für kommerzielle Telekommunikationsanbieter unrentabel ist. Dies betrifft vor allem ländliche, einwohnerschwache Gebiete. Damit wollen wir eine digitale Spaltung zwischen Städten und ländlichen Räumen verhindern.

Die FDP will, dass bis spätestens 2019 alle Haushalte in Brandenburg über Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s verfügen. Vorrangiges Ziel ist dabei eine leitungsgebundene Anbindung. Perspektivisch muss Brandenburg zum Gigabit-Land werden.

Wir setzen dabei grundsätzlich auf den marktgetriebenen Ausbau. Die Landesregierung agiert auf dieser Grundlage insbesondere als Koordinator und Antreiber.

Dort, wo der Breitbandausbau für die Akteure am Markt unwirtschaftlich ist, tritt sie aber auch als Förderer auf und unterstützt die Aktivitäten in den Landkreisen mit ergänzenden Maßnahmen. Hierzu ist ein signifikantes Bürgschafts- und Darlehensprogramm zur Umsetzung erforderlich. Bei der Umsetzung ist auf eine technikneutrale Ausschreibung zu achten. Das Fernziel einer potentiellen Gigabit-Anbindung aller Anschlüsse hat Vorrang vor kurzfristigen taktischen Verbesserungen.

Cloud Computing: Potenziale für Brandenburg erschließen

Der sichere Einsatz von Cloud-basierenden Diensten für die Bürger in der brandenburgischen Verwaltungsstruktur ist intensiv zu beleuchten, damit unter Wahrung sicherheitsrelevanter Belange Potenziale ausgeschöpft werden können.

Nationale und föderale Cyber-Abwehr stärken

Datenschutz bedeutet mehr als nur den sicheren Umgang mit Telekommunikationsdaten und den Schutz der Bürger vor einem datensammelwütigen Staat. Es gilt auch, die großen und zum Teil personenbezogenen Datenmengen innerhalb der öffentlichen Verwaltungen des Landes ihrerseits gegen den Zugriff Dritter zu schützen. Daher müssen alle Server der öffentlichen Verwaltungen vor Virenbefall und Datenklau geschützt werden.

Es muss kritisch überprüft werden, ob das Nationale Cyber-Abwehrzentrum (NCAZ) in seiner jetzigen Ausgestaltung die Erfüllung dieser Aufgaben gewährleisten kann. Weiter ist zu prüfen, in welcher Form die Länder diese auch ihnen zukommenden Aufgaben durch das NCAZ wahrnehmen lassen können oder ob sie selbst Internet-Sicherheitsstrukturen aufbauen bzw. stärken können oder müssen.

Ausbau der Medienkompetenz

Medien leisten einen großen Beitrag zur Meinungsbildung und Informationsbeschaffung des Einzelnen.

Die Veränderung der Seh- und Lerngewohnheiten sowie der Lebenswelt, bedingt durch den technischen Fortschritt, zeigt, dass der professionelle und verantwortungsbewusste Umgang mit den neuen Medien für unsere Kinder und Jugendlichen von zentraler Bedeutung ist.

Neben der Vermittlung des technischen Umgangs mit den Medien und der darin liegenden Chancen ist die Information und Aufklärung über Risiken und Gefahren zwingend erforderlich. Internetsucht, die Gefahren sozialer Netzwerke und Cybermobbing müssen aufgegriffen und thematisiert werden. Dazu gehören auch die Einbeziehung der Eltern und die fachspezifische Information der Lehrerinnen und Lehrer. Im Sinne dessen ist es notwendig, den Erwerb und die Vermittlung von medienpädagogischer Kompetenz auszubauen.

Insbesondere für die junge Generation hat der bewusste und kritische Umgang mit Medien besondere Bedeutung. Dabei spielen die Medienpädagogik und die Vermittlung von Medienkompetenz eine entscheidende Rolle.

Medienkompetenz ist bereits Bestandteil der Bildungspolitik, ihr Anteil ist aber in allen Bildungsangeboten zu stärken. Deshalb sind vielfältige Aktivitäten im Bereich der Medienpädagogik und Medienkompetenzvermittlung erforderlich. Die Bedeutung dieses Bereichs für den Unterricht ist deutlich zu machen. Dazu gehört neben der Förderung medienpädagogischen Unterrichts auch die Bereitstellung moderner Ausstattung sowie die entsprechende Aus- und Weiterbildung von Lehrern.

Liberales sehen in einem ersten Schritt die Chancen und Möglichkeiten der Neuen Medien. Die zunehmende Nutzung digitaler Angebote erfordert aber auch Aufklärung über Risiken und Gefahren. Moderner Bildungsunterricht muss eine realistische Verknüpfung neuer Technologien mit ihrer gesellschaftlichen Alltagsrelevanz herstellen. Dies gilt nicht nur für den Bereich der Schulen, sondern ist verstärkt auch mit der Erwachsenen- und Seniorenbildung zu verbinden.

Informationelle Selbstbestimmung stärken

Brandenburgische Bürger müssen jederzeit Zugang zu Informationen der Behörden haben. Dabei hat nicht der Bürger seinen Anspruch zu begründen, sondern die Behörden eine eventuelle Verweigerung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Brandenburg sein Informationsfreiheitsgesetz novelliert.

Open Gouvernement und Open Data

Eine bessere Bürgerbeteiligung in Deutschland erfordert gut informierte Bürgerinnen und Bürger und transparentes Regierungshandeln. Einen wichtigen Beitrag dazu können Informationen über Entscheidungen der Verwaltung und deren allgemeines Handeln liefern, die der Allgemeinheit kostenlos und auffindbar im Netz zugänglich gemacht werden. So können sich Interessierte besser vorbereiten, wenn sie sich in politische Prozesse einbringen wollen. Die FDP Brandenburg fordert daher, dass Regierung und Verwaltungen auf allen Ebenen für einfach nachvollziehbare und aufbereitete Daten und Handlungsweisen sorgen. Ausnahmen bilden hierbei datenschutzrechtlich geschützte und geheime Daten.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Wirtschaft

Die Liberalen bekennen sich zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

Wir stehen für eine effiziente Wirtschaftspolitik. Das bedeutet für uns mehr unternehmerische Freiheit und Mut zur Innovation. Kleine und mittlere Unternehmen nehmen eine Schlüsselrolle ein, wenn es um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht. Gerade deshalb steht der Mittelstand im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik. Erfolgreiche Mittelständler tragen mit ihrer Flexibilität und ihrer Innovationskraft deutlich zum Erfolg unserer Wirtschaft bei. Wir wollen staatliche Eingriffe auf ein Minimum begrenzen, denn es ist nicht Aufgabe des Staates, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen.

Das Förderinstrumentarium in Brandenburg stellt die kleinen und mittelständischen Unternehmen vor große Herausforderungen und das bereits zu Beginn der Antragsverfahren. Hinsichtlich der Handhabung und Abrechnung von Förderanträgen ist eine große Unsicherheit bei den Unternehmen festzustellen, so dass die Beratung durch Anwälte und Berater unerlässlich geworden ist. Damit verbunden sind teilweise erhebliche finanzielle sowie ressourcenbindende Belastungen seitens der Unternehmen.

Verlässliche Rahmenbedingungen sind jedoch für die brandenburgischen Unternehmen unerlässlich, um erfolgreich wirtschaften und in der Folge einen Beitrag zu Wachstum und Wohlstand in Brandenburg leisten zu können.

Die derzeitigen Instrumente der Wirtschaftsförderung müssen deshalb auf bürokratische Hürden und Unternehmerfreundlichkeit hin überprüft und entsprechend modifiziert werden.

Der Abbau bürokratischer Belastungen und Hemmnisse soll konsequent fortgeführt und in diesem Zusammenhang die Handhabung und Unternehmerfreundlichkeit bestehender Förderprogramme forciert werden.

Die Regelungen zur Sonntagsöffnung in Brandenburg sind zu überprüfen und besonders großen Kommunen ist eine Möglichkeit zur Aufteilung der Sonntagsöffnung auf unterschiedliche Stadtteile einzuräumen.

Unternehmensgründungen und unternehmerische Aktivitäten spielen eine wichtige Rolle für ökonomisches Wachstum und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Land. Sie sorgen für technischen Fortschritt und auch für die Einführung von Innovationen. Unternehmensgründer sind somit für die Entwicklung unseres Landes von entscheidender Bedeutung.

Das Umfeld für Unternehmensgründungen und -übernahmen muss verbessert werden, so dass sich mehr Menschen selbständig machen. Dazu gehört unter anderem auch, dass jungen Menschen unternehmerisches Denken und Handeln schon in der Schule vermittelt wird. Hierzu soll es möglich sein, Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Wirtschaft aufzubauen. Die Vorteile einer diversifizierten Belegschaft müssen besonders kleinen und mittelständischen Unternehmen dargestellt werden. Hierfür müssen Unternehmensgründern und jungen Unternehmern entsprechende Informations- und Aufklärungsangebote unterbreitet werden.

Brandenburg liegt mitten in Europa. Exporte und Außenhandel stellen einen wichtigen Pfeiler der brandenburgischen Wirtschaft dar. Sie sind Garant für wirtschaftliches Wachstum und tragen zur Sicherung bereits bestehender sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

Die derzeitige strategische Ausrichtung in der Außenwirtschaftsförderung geht auf das sogenannte Außenwirtschaftskonzept der Vorgängerregierung aus dem Jahr 2008 zurück. Die in diesem Konzept angekündigte Evaluierung der darin enthaltenen Maßnahmen fand bisher – jedenfalls durch einen externen Gutachter – nicht statt. Die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung müssen an neuere Entwicklungen und Herausforderungen angepasst werden. Neue Instrumente – wie ein Außenwirtschaftsgutschein (in Analogie zum Innovationsgutschein) oder die Ermöglichung von Machbarkeitsstudien für Auslandsprojekte – wären dringend nötig. Angesichts langfristig reduzierter EU-Fonds gilt es, die Mittel des Landes zur Förderung der Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen mindestens zu verstetigen. Andere EU-gestützte Programme – wie etwa die Ko-Finanzierung des „Enterprise Europe Network“ – sind fortzusetzen, die Beteiligung brandenburgischer Akteure an dem „Horizont 2020 Programm“ ist zu steigern. Die Internationalisierung der Cluster gehört auf die Tagesordnung.

Eine starke Internationalisierung des Mittelstandes muss das Ziel auch für Brandenburg sein. In diesem Zusammenhang sind bei der Anwendung und Weiterentwicklung der Außenwirtschaftsförderung die Bedürfnisse des Mittelstandes noch stärker zu berücksichtigen. Der Zugang zu ausländischen Märkten muss erleichtert werden.

Arbeit

Der neue Finanzrahmen der Europäischen Union hat zur Folge, dass Brandenburg in den Jahren 2014 bis 2020 rund 40% weniger Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung stehen. Entsprechend effektiv werden wir die verbleibenden Mittel investieren. Statt eines teuren öffentlich geförderten Beschäftigungssektors werden wir Unternehmen, die schwer vermittelbare Personen beschäftigen, Lohnkostenzuschüsse zahlen.

Den Einsatz der derzeit von der Landesagentur für Struktur und Arbeit verwalteten Fördermittel werden wir mittels klar messbarer Kriterien bei Arbeitsfördermaßnahmen effizienter gestalten.

Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Land Brandenburg setzen wir auf den Dreiklang aus beruflicher Ausbildung, beruflicher Weiterbildung und den Zuzug von Fachkräften. Um junge Menschen frühzeitig für die beruflichen Perspektiven in unserem Land zu interessieren, werden wir für alle Schulen flächendeckend ab Klasse 7 berufsvorbereitende Maßnahmen einführen. Dies kann zur frühzeitigen Orientierung junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt beitragen und die Zahl der Schulabbrecher verringern. Gleichzeitig können Unternehmen frühzeitig Auszubildende an sich binden. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Qualität der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit regelmäßig evaluieren.

Fort- und Weiterbildung sind die Voraussetzungen für lebenslangen beruflichen Erfolg. Das persönliche Engagement jedes Einzelnen für das eigene berufliche Fortkommen ist durch die Gesellschaft zu unterstützen. Der „Bildungsscheck Brandenburg“, der Arbeitnehmern einen Zuschuss zu Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht, wird auch in Zukunft eine tragende Säule des Weiterbildungsangebots bleiben. Auch die Weiterbildung im europäischen Ausland ist im Sinne des Zusammenwachsens der Arbeitsmärkte in Europa zu fördern.

Als einzige Partei in Brandenburg setzt sich die FDP Brandenburg konsequent für den gesteuerten Zuzug von Fachkräften aus dem EU-Ausland und aus Drittstaaten ein. Anhand eines Punktesystems, welches die beruflichen Kompetenzen der Bewerber abbilden soll, werden wir möglichst passgenau auf

Nachfragen von Unternehmen in Brandenburg reagieren. Stärker als bislang soll das Land Brandenburg für sich auf Jobmessen in Europa werben. Auch Asylbewerbern ist der sofortige freie Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren.

Für uns Liberale ist die Qualität der Produkte und Dienstleistungen entscheidend. Entsprechend werden wir das Brandenburgische Vergabegesetz reformieren. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen stellt das Vergabegesetz eine geschäftsbedrohende Hürde dar. Deshalb werden wir das Brandenburgische Vergabegesetz von vergabefremden Kriterien befreien. Die Verpflichtung auf die Einhaltung ökologischer Kriterien, Quotenregelungen oder vorgeschriebener Mindestlöhne dürfen nicht entscheidend für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein, da sie gerade die kleinen und mittleren Unternehmen im Land vor hohe Hürden stellen. Wir setzen auf die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen.

SICHERES BRANDENBURG – STARKE KOMMUNEN – MODERNE VERWALTUNG

Die Polizeireform ist gescheitert. Die FDP Brandenburg hält eine personelle Stärkung der Polizei für unerlässlich. Nur mit einer personell ausreichend ausgestatteten Landespolizei können die Herausforderungen für die Sicherheit und Ordnung in Brandenburg gemeistert werden. Die Zahl der Anwärter, die jährlich in der Fachhochschule der Polizei ihre Ausbildung beginnen, ist auf 300 zu erhöhen. In diesem Zusammenhang ist die Fachhochschule personell, aber auch durch notwendige bauliche Maßnahmen so zu ertüchtigen, dass die Ausbildung sichergestellt ist.

Auch hier gilt unser Grundsatz, dass sich Leistung lohnen und in einer angemessenen Besoldung widerspiegeln muss. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Steigerung der Zahl der Beförderungen ein. Die Zahlung von Funktionszuschlägen für Beamte mit Führungsverantwortung stellt einen weiteren denkbaren Schritt dar.

Die neu eingeführten, nach Laufbahn differenzierenden Pensionsaltersgrenzen bei der Landespolizei beinhalten die schärfsten Regelungen bundesweit und sind sachlich nicht begründet. Es wurden ungerechte Verhältnisse im Gefüge der Landespolizei geschaffen. Die FDP Brandenburg setzt sich für Evaluierung der Regelungen in der nächsten Wahlperiode ein.

Polizisten sollen mehr Zeit für ihre Kernaufgaben haben. Wir werden daher eine Aufgabenkritik durchführen und bei Bedarf Aufgaben streichen.

Zur Bekämpfung der Grenzkriminalität werden wir gemeinsam mit der Polizei und den Bürgern in den Regionen ein langfristig tragendes Konzept erarbeiten.

Nach den Erkenntnissen der Verbrechen des NSU steht die Arbeit des Verfassungsschutzes unter besonderer Beobachtung. Um das Vertrauen der Bürger wieder zu gewinnen, ist unter anderem durch eine effektivere parlamentarische Kontrolle mehr Transparenz zu schaffen. Hierfür wird sich die FDP Brandenburg einsetzen.

Der Brand- und Katastrophenschutz im Land hat für Liberale hohe Priorität, da er Leben, Gesundheit und Vermögen der Bürger sichert. Deshalb muss seine technische und personelle Ausstattung auf hohem Niveau gesichert werden. Dafür setzen wir uns ein. Hierbei ist auch der verstärkte Einsatz hauptamtlicher Kräfte zu prüfen.

Brandenburg braucht eine moderne und effizient arbeitende Verwaltung. Hierzu bedarf es in den kommenden Jahren einer umfassenden Verwaltungsreform. Hierbei muss der Subsidiaritätsgrundsatz im Vordergrund stehen, d.h., im Grundsatz sollen die Gemeinden alle Aufgaben übernehmen. So wird sichergestellt, dass Entscheidungen nah am Bürger gefällt werden.

In diesem Zusammenhang werden wir uns im Rahmen einer substanziellen Funktionalreform dafür einsetzen, dass Aufgaben von der Landesebene auf die Landkreise sowie von den Landkreisen auf die Gemeinden unter Beachtung des Konnexitätsprinzips übertragen werden.

Kommunen sollen sich außerdem auf ihre Kernaufgaben beschränken und somit dem Bürger ein größtmögliches Maß an eigener Entscheidungsfreiheit belassen. Die in den letzten Jahren ausgeweiteten ökonomischen Betätigungsmöglichkeiten von Städten und Kommunen sind deshalb auf den Prüfstand zu stellen.

Die Stärkung der direkten Demokratie ist eine Möglichkeit, um die bestehende Politikverdrossenheit zu verringern. Bürger wollen sich in die politische Diskussion einbringen. Damit dies auch in einer Erfolg versprechenden Weise geschieht, setzt sich die FDP Brandenburg für die Einführung von freien Sammlungen außerhalb der Abstimmungsbehörden bei Volksbegehren ein.

Die FDP Brandenburg strebt die Abschaffung der Altersgrenzen für kommunale Wahlbeamte an, da nicht ersichtlich ist, warum Wahlbeamte anders behandelt werden sollen als Minister auf Landesebene, bei denen keine Altersgrenze besteht.

Das Brandenburgische Kommunalabgabengesetz muss endlich geändert und somit Rechtssicherheit sowohl für Altanschießer wie auch für Neuanschießer geschaffen werden. Hierfür setzt sich die FDP Brandenburg ein. Ein erster Schritt ist die Streichung des Wortes „rechtswirksam“ in § 8, Abs. 7, Satz 2, und somit die Wiederherstellung der Rechtslage von 2003.

Datenschutz und Informationsfreiheit: Garanten eines liberalen Gemeinschaftswesens

Durch eine personelle Verstärkung der Landesbeauftragten für den Datenschutz möchten wir den Datenschutz verbessern. Verstöße öffentlicher Stellen gegen den Datenschutz müssen dienstrechtliche Konsequenzen haben.

Wir werden das Akteneinsichtsgesetz mit dem Ziel, Open-Data-Elemente einzufügen und die Ausnahmen deutlich zu reduzieren, überarbeiten. Der Informationsanspruch des Bürgers muss auch gegenüber der kommunalen Rechnungsprüfung und privatrechtlich organisierten Gesellschaften des Landes und der Kommunen gelten.

Wir schaffen ein modernes Brandenburger Versammlungsrecht, das den Willen der Bürger nach mehr Beteiligung aufnimmt.

Liberaler Rechtspolitik

Die FDP Brandenburg betrachtet die Unabhängigkeit und Arbeit der Staatsanwälte als hohes und schützenswertes Gut. Diesem Grundsatz werden wir dadurch mehr Gewicht verleihen, indem wir die Weisungsbefugnis des Justizministers abschaffen.

Die Aufgaben der Justiz werden wir auf ihren Kern konzentrieren, indem wir Bereiche prüfen, in denen eine Beleihung in Frage kommt.

Durch die personelle Stärkung der Justiz sollen überlange Verfahren vermieden werden. Darüber hinaus werden wir die Selbstverwaltung der Justiz ausweiten, indem wir die Ergebnisse der gegenwärtig tagenden Arbeitsgruppe des Justizministeriums berücksichtigen.

Bei jugendlichen Straftätern muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Wir werden daher die Anwendung des Neuköllner Modells und der Rechtspädagogik prüfen.

Den Schutz der Opfer von Gewalttaten werden wir durch die Stärkung des Täter-Opfer-Ausgleichs bzw. die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure verbessern.

GESUND UND MITTEN IM LEBEN: LIBERALE GESUNDHEITS- UND PFLEGEPOLITIK

Die Gesundheits- und Pflegepolitik ist in den vergangenen fünf Jahren entgegen aller Erfordernisse stiefmütterlich behandelt worden.

Die Ansiedlung der Themenbereiche in zwei verschiedenen Ministerien war ein Fehler und hat zu Kommunikations- und Handlungsdefiziten geführt. Wir werden beide Themenbereiche daher wieder in einem Ministerium zusammenführen.

Bei der Krankenhausplanung darf es keine am grünen Tisch in Potsdam beschlossene bloße Fixierung an der Bettenzahl geben, sondern sie ist an den Bedürfnissen der Menschen in Brandenburg auszurichten. Die Verteilung der zu erbringenden Leistungen hat maßvoll unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Krankenhauses und des Demographiefaktors zu erfolgen und darf nicht willkürlich beschieden werden.

Streichungen von Leistungen führen vor allem im ländlichen Raum zu weiteren Wegen für Patienten und Angehörige. Dies muss vor allem unter Berücksichtigung der zunehmenden Vereinsamung und Entvölkerung vermieden werden.

Unser Ziel sind starke, leistungsfähige Krankenhäuser sowohl als Anker der medizinischen Versorgung in der Fläche und als Schwerpunktkrankenhäuser. Nachdem die aktuelle Landesregierung die Finanzierung der Krankenhäuser nicht sichergestellt hat, werden wir durch Umschichtungen im Landeshaushalt die finanzielle Situation der Häuser verbessern. Parallel werden wir zügig den Landeskrankenhausplan überprüfen und an den Bedürfnissen vor Ort ausrichten.

Die ambulante ärztliche Versorgung muss verstärkt entbürokratisiert und flexibilisiert werden. Hierzu zählen unter anderem vereinfachte Verfahren für niederlassungswillige Ärzte, auch aus dem Ausland. Hierzu werden wir mit Ärztenvertretern und Krankenkassen alle landesseitig bestehenden Gesetze und Verordnungen auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüfen und bei Bedarf korrigieren.

Stipendien für Studierende als Mittel der Bindung im Land und den Landkreisen werden wir unterstützen, genauso wie die Gründung einer medizinischen Fakultät im Land.

Die stärkere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung werden wir fördern.

Die Reform der Pflegeberufe ist ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in Brandenburg. Wir unterstützen eine weitere Akademisierung im Pflegebereich und begrüßen die Etablierung eines Studienganges für Pflege in Brandenburg. Wir werden dafür sorgen, dass sich das Studienangebot im Bereich Pflege und Therapiewissenschaften an der BTU Cottbus-Senftenberg an den Bedürfnissen im Land ausrichtet.

Die Einführung und Aufrechterhaltung komplementärer Strukturen, wie die der Gemeindeschwester „AGnES 2“, lehnen wir ab. Es gibt in Brandenburg eine Vielzahl qualifizierter Pflegedienste, welche diese Aufgaben ohne personellen und vor allem auch finanziellen Mehraufwand sehr effizient erledigen können. Diese gilt es stärker einzubinden, statt teure Doppelstrukturen aufzubauen.

Die Arbeit vorhandener Pflegestützpunkte werden wir überprüfen. Aufgrund oftmals langer Anfahrtswege, vor allem im ländlichen Raum, und unflexibler Öffnungszeiten ist eine akute Hilfestellung für Be-

troffene und deren Angehörige oftmals nicht möglich. Wir fordern eine Unterstützung und Förderung vorhandener Strukturen, um die Beratung über Leistungsangebote, Leistungsansprüche und Pflegeanbieter zeitnah erbringen zu können.

Die Schaffung einer Pflegekammer und die damit verbundene Zwangsmitgliedschaft und -abgabe lehnen wir ab. Das Kammerwesen kommt aus der Zunftzeit des ausgehenden Mittelalters und trifft nicht mehr die aktuellen Realitäten.

Inklusion endet nicht in der Schule!

Gemeinsam mit dem Bund setzen wir uns für ein weiterentwickeltes Leistungsrecht für Menschen mit Behinderung ein. Durch das persönliche Budget ist es gelungen, die staatlichen Hilfsleistungen individuell auf die Bedürfnisse der Betroffenen zuzuschneiden. Entsprechend werden wir dieses Instrument künftig noch stärker zur Integration aller Menschen mit Behinderung in der Mitte unserer Gesellschaft nutzen.

Brandenburg verfügt über ein gut ausgebautes Angebotssystem für Menschen mit Behinderungen. Das Problem ist, dass es sich bei der Mehrheit der Angebote um Parallelstrukturen zu regulären Angeboten handelt, durch welche dieser Personenkreis ausgegrenzt wird. Das Paradebeispiel sind Werkstätten für Menschen mit Behinderungen: Statt die Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt zu forcieren, werden sie bewusst von ihm ferngehalten. Wir Liberale werden alle Angebote für Menschen mit Behinderung auf deren Notwendigkeit hin überprüfen und nicht mehr nötige Strukturen zurückbauen, damit Behinderung nicht länger ein Ausschlusskriterium bleibt!

SOLIDE FINANZEN UND KLUGE INVESTITIONEN

Wir werden Brandenburg mit einem klugen Mix aus Haushaltskonsolidierung und Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung auf den Pfad einer soliden Haushaltsführung bringen. Die Reduzierung der Schuldenlast bleibt im Interesse der Generationengerechtigkeit das Hauptziel! Das Land ist mit rund 18 Milliarden Euro hoch verschuldet.

Das Flughafenchaos verschärft die Lage weiter und schlägt „voll auf den Landeshaushalt durch“. Brandenburg wird um Jahre zurück geworfen.

Der Landesrechnungshof warnt ausdrücklich vor dem hohen Risiko der Zinsverpflichtungen, doch das scheint niemanden in der Regierung zu interessieren.

Wir erklären daher:

Der Landtag hat sein hoheitliches Budgetrecht missbräuchlich ausgeübt. Eine parteiübergreifende Unempfindlichkeit hat sich über die Schulden-Jahre herausgebildet. Die Pflicht der Landesregierung, der notorischen Verschuldung Einhalt zu gebieten, wurde nicht eingehalten.

Wir fordern:

Haushaltspläne durch Politiker aber Neuverschuldung nur durch Volksentscheid.

Der Bürger soll selbst über den Brandenburger Haushalt und dessen eventuelle Neuverschuldung mitentscheiden können. Nur der Bürger ist der einzige Souverän, der nicht als Ziel die Wiederwahl hat, sondern die Stabilität in seinem Land. Nur er untersteht wahrhaftig seinem Gewissen.

Und nur er hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass er in eigener Sache sehr wohl mit Geld umgehen kann und zwar besser als sämtliche öffentliche Körperschaften. Selbst in konjunkturell schwieriger Zeit halten die Brandenburger ihre Sparquote hoch. Sie schwankt zwischen 10 und 14 Prozent des Jahreseinkommens.

Die Aufstellung der Haushaltspläne soll daher weiterhin von den zuständigen Verwaltungen kommen. Sollte aber eine Neuverschuldung verabschiedet werden, muss dies den Bürgern vorgelegt werden und sie sollen darüber abstimmen können. Der Bürger soll das berühmte letzte Wort haben und Einspruch erheben können, falls neue Haushaltsschulden nötig sind.

Die neuen technischen Möglichkeiten des Internets machen jede Form der Abstimmung und Mitbestimmung zu jeder Tages- und Nachtzeit unbeschränkt möglich.

Die Investitionsquote des Landes soll deutlich erhöht werden, damit insbesondere die Verkehrsinfrastruktur im Land nicht mehr auf Verschleiß gefahren wird. Den Investitionsstau der jetzigen Regierung werden wir durch Einsparungen an und Mittelumschichtungen aus anderen Bereichen schrittweise auflösen.

Wir stehen für kluge Investitionen des Landes. Dies bedeutet die Pflicht, für alle Investitionen die Zielsetzung und Notwendigkeit der Maßnahme nachzuweisen. Gleiches gilt für die Wirtschaftlichkeit einer Investition.

Wir setzen uns für eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ein. Das aktuelle System bedeutet Stillstand und schafft keinerlei Anreize zum Abbau von Schulden. Um die Mittel effektiver einzusetzen

und die Einnahmesituation zu verbessern, müssen Nehmerländer stärker in die Pflicht genommen werden.

Auch den kommunalen Finanzausgleich möchten wir neu ordnen, um ihn transparenter zu gestalten und den Kommunen mehr Planungssicherheit zu geben. Unser Anspruch ist es, Fehlanreize zu vermeiden und unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten den Wettbewerb zwischen den Kommunen zu fördern und Leistungsanreize zu setzen. Das jetzige komplexe System ist aufgrund der notwendigen jährlichen Verhandlungen nicht zukunftsfähig. Finanzmittel, die den Kommunen zustehen, dürfen nicht vom Landvereinnahmt werden.

Wir streben eine schrittweise Wiederherstellung der Verbundquote von 25% an.

Die Kreisumlagen sollen abgeschafft werden. Die Kreise müssen direkt vom Land finanziert werden.

LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT

Landwirtschaft

Das Ziel der FDP ist klar definiert: Wir wollen den Mittelstand stärken, auch im ländlichen Raum. In den Fokus stellen wir dabei den gesamten Kanon der Landnutzungsarten sowie deren optimale Vernetzung.

Für Liberale hat die heimische Landwirtschaft einen hohen Stellenwert. Sie stellt nicht nur die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sicher, sondern auch als Wirtschaftsfaktor ist sie überaus bedeutend. Hierbei sehen wir keine Unterschiede zwischen der haupt- und nebenerwerbstätigen Landwirtschaft.

Die Grundlage der Landwirtschaft stellt der Boden dar. Daher sollten Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung erhalten bleiben. Dies muss insbesondere bei Landschaftsrahmenplänen und Kompensationsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung sicherzustellen und die Existenz der Landwirte zu sichern, wurde dieser Bereich vor 50 Jahren als Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) zusammengefasst. Was zu Beginn als logisch und richtig erschien, entwickelte sich in der Folgezeit in die falsche Richtung. In der historischen Betrachtung stellt die GAP eine Verhöhnung der marktwirtschaftlichen Prinzipien dar. Im Wissen und vor dem Hintergrund einer Überproduktion an Agrarprodukten fordern wir grundlegende Veränderungen, weg vom subventionsgesteuerten Pseudo-Markt, hin zu einem freien Markt.

Eine Änderung der GAP ist nur im Einklang mit anderen „Globalplayern“ möglich. Brandenburg muss hier eine Schlüsselrolle spielen. Im Interesse eines freien Marktes im Agrarsektor muss das Ziel einer jeden Regierung der schrittweise Abbau von Subventionen und Zöllen sein.

Wir sehen es positiv, dass die Subventionszahlungen für Überproduktionen in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Dieser Weg muss weiterhin unterstützt und beschleunigt werden. Es steht außer Frage, dass die Überproduktion von Agrarprodukten auf einem freien Markt gehandelt werden muss.

Ein Problem des europäischen Binnenmarktes stellt die gestörte Konkurrenzfähigkeit zwischen den verschiedenen Mitgliedsländern dar. In einem gemeinsamen Markt sind unterschiedliche Niveaus von Mindeststandards und Regelungen kontraproduktiv und führen zu einer Benachteiligung der Landwirte im Land mit schärferen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Mindeststandards und gesetzlichen Rahmenbedingungen in allen EU-Mitgliedsstaaten so schnell wie möglich angeglichen werden.

Des Weiteren müssen staatliche Kontrollen EU-weit angeglichen und auf ein sinnvolles Maß gesenkt werden. Der Staat hat die Aufgabe der Absicherung eines Mindeststandards. Gewünschte höhere Standards können durch privatwirtschaftlich organisierte Siegel gesichert werden. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, vorzugeben, welche Produktionsverfahren für den Bürger besser sind. Dieser ist mündig genug.

Grenzwerte für gesundheitsschädliche Stoffe müssen für konventionell und ökologisch erzeugte Produkte angeglichen werden. Darüber hinaus muss es dem Landwirt selbst überlassen sein, wie er wirtschaftet. Die FDP Brandenburg lehnt die Bevormundung durch den Staat in Form unterschiedlicher Fördergeldhöhen ab.

Die FDP Brandenburg steht fest zur Einhaltung der gesetzlichen Tierschutzregeln und verurteilt jeglichen Missbrauch. Ein Verstoß gegen diese Gesetze und Verordnungen ist eine kriminelle Handlung. Des Weiteren stehen die Liberalen ohne Wenn und Aber zum Qualzuchtparagraphen, der die Züchtung von Tieren verbietet, bei denen Tiere schon wegen der Art der Zucht Qualen zugeführt werden. Dieser Paragraph muss konsequent, auch bei Haustierzüchtungen, angewendet werden.

Das Verbot zur Fütterung von Tiermehl, das in Folge der BSE-Krise eingeführt wurde, ist für Geflügel und Schweine aufzuheben. Schweine sind Allesfresser und wurden im Verlauf der BSE-Krise per Gesetz zu Vegetariern.

Deswegen fordern wir, die hochwertigen Eiweißstoffe von gesund getesteten Tieren wieder freizugeben. Diese Freigabe gilt nicht für Wiederkäuer. Ebenso muss am Kannibalismusverbot festgehalten werden. Die Erzeugung und Verarbeitung von Tiermehl bedarf einer strengen Überwachung.

Die FDP Brandenburg ist eine zukunftsorientierte Partei. Wir stehen neuen Technologien offen, aber nicht kritiklos gegenüber. Die generelle Verteufelung von genetisch veränderten Organismen im Agrarbereich lehnen wir ab. Wir sehen auch Chancen in dieser Zukunftstechnologie und befürworten im Sinne der Wissenschaftsfreiheit die Forschung auf diesem Gebiet. Die Kennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel wird durch uns begrüßt. Ein negatives Label der Produkte wird durch uns abgelehnt.

Forst und Holz

Die Holzindustrie hat im Land Brandenburg mit ca. 832,5 Millionen Euro Umsatz einen Anteil von etwa 5% an der gewerblichen Wirtschaft. Dieses Ergebnis beruht auf einer grundsoliden Forstwirtschaft in gesunden und nachhaltig bewirtschafteten Wäldern mit gut ausgebildeten Forstleuten und Waldbesitzern. Der Wald und dessen Bewirtschaftung ist ein prägendes Bild der ländlichen Regionen, das es weiter zu unterstützen gilt. Dabei muss besonders berücksichtigt werden, dass wir unser nachhaltiges Hiebspotential in einigen Bereichen gegenwärtig nicht vollständig erschließen können, was vor allem an der geringen Holzmobilisierung im Kleinprivatwald liegt. Es gilt daher, bestehende Potentiale stärker in den Fokus zu nehmen und die Bedeutung des Clusters Holz für die Brandenburgische Volkswirtschaft deutlich optimaler herauszustellen.

Leitbild in der Bewirtschaftung der Wälder muss der freie Forstunternehmer sein, der seine Leistungen bei politischer Planungssicherheit am Markt zu gleichen und transparenten Bedingungen anbieten kann. Die FDP Brandenburg wird sich zukünftig für eine Allianz für die ländlichen Räume stark machen. Gerade auch im Bereich der Forst- und Waldpolitik ist es unerlässlich, dass Synergien zwischen verschiedenen Akteuren genutzt werden. In diesem Kontext versteht die FDP Brandenburg die Groß- wie die Kleinprivatwaldbesitzer als Partner liberaler Umwelt- und Landnutzungspolitik.

Steigende gesellschaftliche Ansprüche (Flächenbedarf, Naturschutz und Erholungsleistungen sowie gleichzeitig Erholungsquelle) an den Wald und steigende Risiken für den Wald (Klimawandel mit Trockenheit, Waldbrand, Sturm und Insektengefahren) erfordern, dass die Belange der Forstwirtschaft in den Fokus der Politik und damit auch der nachhaltigen politischen Befassung gestellt werden.

Der größte Fehler der gegenwärtigen Landesregierung war die verwaltungsseitige Trennung des Agrar- und des Umweltressorts. Nachdem 10 Jahre lang bewiesen wurde, wie zielführend eine Abstimmung der Belange zwischen Landnutzung und Umwelt in einer einheitlichen Struktur ist, haben die letzten viereinhalb Jahre das ganze Chaos des Zerreißen dieser Einheit in zwei unterschiedliche Interes-

sensphären gezeigt. Zuletzt wurde dieses an der gänzlich überflüssigen Debatte zum Thema Waldwegbau überdeutlich. Diesen Zustand werden wir beenden und alle den Wald administrativ betreffenden Belange in einer Hand bündeln. Dabei wird es besonders wichtig sein, dass die teilweise abenteuerlichen Vorstellungen im Rahmen der Diskussionen in der Enquetekommission 2 (Verwaltungsreform) in der kommenden Legislaturperiode nicht dazu führen, dass die forstlich-hoheitlichen Strukturen weiter geschwächt werden.

Was die Bewirtschaftung des Landeswaldes anbelangt, hat sich die gegenwärtige Aufstellung als Landesbetrieb organisationsseitig aus unserer Sicht bewährt. Allerdings gilt es, hier noch zu organisationsseitigen Optimierungen zu kommen. Ziel muss es sein, dass Brandenburg einen optimal aufgestellten und auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Forstbetrieb erhält, der für das Land Einnahmen aus seinem Waldbesitz akquiriert.

Die Personalplanung jedes auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Unternehmens richtet sich nach seinen wirtschaftlichen Zielen im Kontext der Ertragskraft seines Marktumfeldes aus. Dieser Herausforderung hat sich auch der Landesforstbetrieb zu stellen. Dabei muss er seine Nachhaltigkeitsgrundsätze für die Produktion gleichermaßen auch für die Personalplanung in Anwendung bringen. Die Politik ist nicht gut beraten, sich in diese unternehmerischen Entscheidungen des Betriebes einzumischen. Der Landtag als Vertreter des Eigentümers hat dabei allerdings darauf zu achten, dass dem „Unternehmen Landesforstbetrieb“ keine ökonomischen Zielvorgaben gemacht werden, die seine Ertragskraft gefährden könnten.

Die FSC-Zertifizierung ist neben der PEFC-Zertifizierung ein interessantes System, weil sie das Outsourcen des für Forstbetriebe wichtigen Controllings möglich macht. Die Entscheidung zur Zertifizierung ist jedoch eine klassisch unternehmerische Abwägung, die der jeweilige Betrieb, auch der Landesforstbetrieb, im Rahmen seiner ökonomischen Ziele selbstständig zu treffen hat. Wir werden die bestehenden Zertifizierungssysteme jedoch positiv begleiten und halten die Zertifizierung des Landeswaldes zu jeweils gleichen Teilen der bestehenden Systeme für erforderlich.

UMWELT

Wir brauchen eine Änderung im Wassermanagement. Hierfür werden wir den Bereich der Wasserwirtschaft aus dem Umweltbereich herauslösen und dem Landwirtschaftsbereich unterstellen. Insgesamt setzen wir uns für die Zusammenführung der Bereiche Umwelt und Landwirtschaft in einem Ministerium ein. Um die im Land Brandenburg fälligen hydrologischen Aufgaben bewältigen zu können, werden wir Mittel aus dem Naturschutz in den Bereich der Wasserwirtschaft umschichten.

Daneben werden wir das **Wasser- und Bodenverbandswesen grundlegend reformieren.** Unser Anspruch ist es, die Struktur der Verbände demokratisch und ihre Arbeit transparent zu gestalten. Dies kann nur durch die Einführung der Einzelmitgliedschaft der Flächeneigentümer in den Verbänden erreicht werden. Darüber hinaus werden wir auch die zur Berechnung der Beiträge maßgeblichen Flächenmaßstäbe nach Nutzungsarten differenzieren. Insbesondere für kleine Grabensysteme werden wir die neue Kategorie der Gewässer III. Ordnung einführen und den Landnutzern damit mehr Verantwortung für die Unterhaltung von Kleinstgewässern übertragen.

Die Wasser- und Bodenverbände sind ausschließlich für Planungen und Überwachungen zuständig. Die Durchführung der Ausbau- und Instandsetzungsarbeiten ist im Auftrag der Verbände durch private Unternehmen durchzuführen.

Wir stehen für eine rationale statt ideologische Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Den in den letzten Jahren künstlich befeuerten Nachhaltigkeitsprozess werden wir beenden und die hierfür bereitgestellten finanziellen Mittel für die Stärkung des Miteinanders von Naturschutz und Landnutzung einsetzen, etwa durch die Stärkung des Vertragsnaturschutzes.

Der Bedarf Brandenburgs an Großschutzgebieten ist gedeckt. Was Totalreservate anbelangt, hat der Landtag auf unsere Initiative hin den Beschluss gefasst, dass solche Flächen nur noch auf Basis freiwilliger Selbstverpflichtung der Eigentümer möglich sein sollen. Für das Land als Waldeigentümer sehen wir diesen Bedarf nach freiwilliger Selbstverpflichtung nicht, da wir bereits heute im Landeswald einen überdurchschnittlichen Beitrag in Sachen ungenutzter Flächen im Rahmen der Biodiversitätsziele leisten.

Für diskussionswürdig halten wir in diesem Rahmen die immer wieder verschobene, aber essentiell notwendige Reform der Naturschutzverwaltung. Die Übertragung von Großschutzgebieten auf die Hoheitsforstverwaltung des Landes kann dabei ein zukünftiges neues Aufgabenfeld, insbesondere für Großschutzgebiete mit hohem Waldanteil, sein. Das kann jedoch nur mit der notwendigen Personalausstattung und bei detaillierter aufgabenkritischer Vorbereitung geschehen.

Auch die Kriterien für die Unterschutzstellung bedrohter Arten werden wir überarbeiten. Zum Schutz vor Beeinträchtigungen der Landnutzung und des Hochwasserschutzes werden wir die Möglichkeit, bei Bedarf in die Bestände einzugreifen, erleichtern. Künstliche Schutzräume, wie sie in der Vergangenheit um Biber und Kormoran gezogen wurden, haben die Akzeptanz des Naturschutzes sinken lassen. Diese fatale Entwicklung werden wir mit einer pragmatischen Politik und ohne ideologische Scheuklappen stoppen!

Die Lockerung der Unterschutzstellungspraxis werden wir auch nutzen, um den Umbau der Energielandschaft in Brandenburg voranzutreiben. Besonders mit Blick auf den Ausbau der Stromnetze können wir uns keine Luxusdebatten um die Betroffenheit einzelner Tier- und Pflanzenarten mehr leisten, wenn hierdurch für die Bevölkerung wichtige Infrastrukturprojekte zu scheitern drohen. Für uns gilt: Zuerst kommt der Mensch!

Das derzeitige Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) werden wir einer grundlegenden Aufgaben- und Strukturkritik unterziehen: Sämtliche landesseitig erlassenen Regelungen im Bereich Naturschutz werden wir auf deren Sinnhaftigkeit für ein Miteinander von Naturschutz und Landwirtschaft prüfen und gegebenenfalls abschaffen. Die derzeit unter der Aufsicht des LUGV befindlichen 14 Großschutzgebiete werden wir aus dessen Zuständigkeitsbereich herauslösen und in eine Stiftung überführen. Die Verbeamtenpraxis in den Führungsgremien des LUGV werden wir beenden und damit eine Wende hin zu einer leistungsabhängigen Entlohnung vollziehen.

BÜRGERGESELLSCHAFT – MEHR EIGENVERANTWORTUNG WAGEN

Familie – Stabilitätsanker im Leben

Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Diese Verantwortungsgemeinschaften gilt es durch eine aktive Politik zu schützen und zu fördern. Dabei schränken wir unseren Familienbegriff nicht auf Verantwortungsgemeinschaften mit Kindern ein. Eine aktive und verantwortungsvolle Politik hat Respekt vor den höchst persönlichen Lebensentscheidungen eines jeden von uns. Wir wollen ein breites Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen, um die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit für alle Eltern zu erleichtern. Wir werden gezielte Instrumente schaffen und einsetzen, um das Potenzial der Generation 60+ für unsere Gesellschaft zu nutzen. Wir werden die Lebensbedingungen der unterschiedlichen Generationen, ob im ländlichen Raum oder im städtischen Umfeld, verbessern und sehen es als zwingend an, mit dieser Aufgabe die Kommunen nicht allein zu lassen. Wir Liberale sehen unsere Verantwortung in der Unterstützung der Familien, welche sich der Verantwortung stellen, die kommenden Generationen liebe- und verantwortungsvoll aufzuziehen. Dabei muss die Familienpolitik derart ausgestaltet sein, dass jedem Kind möglichst optimale Startbedingungen in das Erwachsenenleben ermöglicht werden. Unabhängig davon, ob dieses Kind in der Stadt oder im ländlichen Raum aufwächst, ob es bei Vater und Mutter, zwei Müttern, zwei Vätern, Regenbogenfamilien oder alleinerziehenden Müttern oder Vätern, Pflegeeltern oder in Kinder- und Jugendheimen lebt.

Aus unserem liberalen Verständnis heraus lassen wir die Bürger selbst über ihren Lebensweg entscheiden. Die moralische Überhöhung eigener Lebensvorstellungen machen wir uns nicht zu Eigen. Wir stehen für die Freiheit des Einzelnen. Aus dieser ergibt sich auch sein Willen zur Übernahme von Verantwortung. Wir engagieren uns gerne in Sport- und Kulturvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr genauso wie im Kirchenchor. Wir stehen für ein Brandenburg, dass die Brandenburger selbst täglich neu gestalten.

Den Rahmen für dieses Engagement wollen wir verbessern, um mehr Menschen diese Möglichkeit zu eröffnen. Ehrenamtliches Engagement ist für uns zentral für den Erfolg einer Gesellschaft, weil es ihre Kreativität, ihren Optimismus und ihre Neugierde fördert. Ehrenamt baut Brücken zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellem, sozialem und ethnischem Hintergrund und trägt so zur besseren Integration bei. Die Foren dazu wollen wir erhalten und fördern.

Hierbei spielt in Brandenburg insbesondere der Sport eine wichtige Rolle. Er verbindet Menschen aus der ganzen Gesellschaft und baut Vorurteile ab. Seine Förderung ist wichtig, deshalb wollen wir sie unter Berücksichtigung der Einwohnerentwicklung fortschreiben. Nicht nur sportliche Highlights, wie die Olympischen Spiele oder Fußball-Weltmeisterschaften faszinieren die Menschen, auch der Breitensport hat immer mehr begeisterte Anhänger. Dessen Unterstützung steht daher im Fokus unserer Bemühungen. Neben seinem wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge trägt der Sport zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei, fördert Völkerverständigung und Integration und schult fairen Umgang miteinander.

Neben dem Sport ist die brandenburgische Kultur ein wesentlicher Träger von gesellschaftlichem Austausch. Das reichhaltige kulturelle Erbe aller Landesteile wollen wir nicht nur zu touristischen Zwecken, sondern auch als Bildungsstätten für die Brandenburger selbst erhalten. Die zeitgenössischen Theater

spielen für uns eine wichtige Rolle in der Brandenburger Kulturlandschaft. Wir wollen insbesondere auch private Theaterinitiativen besser unterstützen, um ihr großes kreatives Potenzial zu nutzen. Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung durch Kultur ist weitgehend unbekannt und nicht dokumentiert. Die FDP schlägt deshalb vor, den ökonomischen Stellenwert der Kultur- und Kreativitätswirtschaft in einem Kulturwirtschaftsbericht zu dokumentieren.

Wir machen keine gesonderte Frauen- und Männerpolitik. Frauen und Männer sind integrale Bestandteile unserer Gesellschaft. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist für Liberale eine Selbstverständlichkeit. In jenen Punkten, wo dies im gesellschaftlichen Kontext noch nicht realisiert wird, werden wir entschieden gegen jede Ausprägung einer geschlechterspezifischen Form der Diskriminierung vorgehen.

Die Finanzierung der Frauenhäuser im Land Brandenburg werden wir auch in den kommenden Jahren absichern. Auch künftig soll es ein bedarfsgerechtes Netz an Anlaufstellen für von Gewalt bedrohte Frauen geben. Gleichzeitig werden wir die Notwendigkeit prüfen, Angebote für von häuslicher Gewalt betroffene Männer zu schaffen und diese bei Bedarf forcieren. Des Weiteren werden wir die Angebote zur Gewaltprävention ausbauen und zielgerichtete Aufklärungsprojekte durchführen.

Brandenburg ist weltoffen und tolerant. Wir verteidigen die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transidenten und Intersexuellen (LSBT) und setzen uns für deren gesellschaftliche Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung ein. Wir brauchen eine gesellschaftliche Kultur der gegenseitigen Achtung, in der für Intoleranz und diskriminierendes Verhalten kein Raum bleibt. Der Umgang mit LSBT eines Landes ist Zeichen für Vielfalt und Innovation – das muss der Anspruch der brandenburgischen Politik und Lebenswirklichkeit sein. Deshalb setzen wir uns für eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und für deren volles Adoptionsrecht ein.

Durch die Zusammenarbeit von LSBT*Gruppen mit anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen werden Vorurteile abgebaut. Weitere entsprechende Initiativen von freien Trägern und Vereinen möchten wir ermöglichen, wofür die finanzielle Förderung zu gewährleisten ist. Außerdem darf es im Rahmen des Kontakts dieser Bürger mit der Verwaltung in Formularen nicht zu Zwangsausings kommen.

Zur Bürgergesellschaft gehört für uns Liberale noch mehr, als der Austausch und das Miteinander. Interesse steigt, wo Mitwirkung möglich ist und man Einfluss auf das Ergebnis nehmen kann. Die Brandenburger Bürger sind der Souverän dieser Demokratie. Wir setzen uns für eine echte und direkte Mitwirkung der Bürger an politischen Entscheidungen ein – vor Ort genauso wie auf Landesebene. Wir wollen die direkte Demokratie als Instrument der Bürgergesellschaft weiterentwickeln und anwendbar machen. Dafür ist es notwendig, die freie Unterschriftensammlung bei Bürger- und Volksbegehren gleichermaßen zu ermöglichen. Wir wollen, dass die Brandenburger sich mit der Politik ihres Heimatlandes auseinandersetzen und Diskussionen im Zuge der Werbung für Unterschriften für Bürger- und Volksbegehren auf den Straßen und Plätzen der Region ermöglichen. Dabei werden wir auch finanzwirksame Initiativen zulassen, so diesen ein Gegenfinanzierungsvorschlag beiliegt. Zur besseren Akzeptanz kommunalen Handelns und zur schnelleren Realisierung von Infrastrukturprojekten sollen auch die Bauleitplanung und kommunale Tarife von der direkten Demokratie nicht länger ausgenommen werden.

Bürger- und Volksentscheide sollen in Zukunft auch von der Kommune bzw. dem Land, als Gemeinde- oder Landtagsreferendum, initiiert werden können.

Der Normalfall der Demokratie ist und bleibt hingegen das repräsentative System. Um dessen Funktionsfähigkeit und Legitimation auch kommunal zu verbessern, werden wir allen Menschen, die dauerhaft (fünf Jahre am Stück) in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft, ein kommunales Wahlrecht geben.

Zudem ist auch die freie Sammlung von Unterstützungsunterschriften für Einzelbewerber und Wählergruppen wichtig, um die kommunale Meinungsvielfalt auch in den kommunalen Vertretungen widerzuspiegeln.

Die Zahl der Asylbewerber im Land Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren stark erhöht. Die Lebensbedingungen in der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt sind unzumutbar. Die Sanierung der Einrichtung muss forciert werden. Die Maximaldauer in der Erstaufnahmeeinrichtung werden wir auf drei Monate begrenzen. Die Unterbringung in den Kommunen soll möglichst dezentral erfolgen, damit eine Integration möglich ist. Den Bau neuer Gemeinschaftsunterkünfte lehnen wir ab, statt dessen ist eine flächendeckende Unterbringung in Wohnungen sicherzustellen. Dies vermeidet nicht nur interkulturelle Konflikte in den Gemeinschaftsunterkünften, sondern auch ein Auseinanderdriften von Aufnahmegesellschaft und Asylbewerbern. Es kann auch zur Stabilisierung der regionalen Wohnungsmärkte beitragen. Die medizinische Versorgung muss an die steigende Zahl der Flüchtlinge angepasst werden. Neben der Aufstockung des medizinischen Personals in der Erstaufnahmestelle sollen die Betroffenen in den Kommunen Zugang zur medizinischen Versorgung erhalten. Bei dieser Aufgabe muss das Land die Kommunen stärker, auch finanziell, unterstützen.

Ein besseres Brandenburg ist möglich!

Mit Lausitzring, Cargo-Lifter und BER haben Regierungen das Land immer wieder der Lächerlichkeit preisgegeben und Steuermittel verschwendet, die dann bei der Einstellung von zusätzlichen Lehrern und Polizisten, bei der Sanierung unserer Straßen und der Finanzierung unserer Hochschulen, fehlten.

Wir Liberale treten an, um das zu ändern!

Wir treten an für ein besseres Brandenburg!

Was wir Ihnen bieten, ist nüchterne, sachliche und ideologiefreie Politik. Politik ECHT BRANDENBURG, die das Beste aus unserer Heimat macht und Sie als Bürger dabei nicht bevormundet.

Wir sagen Ihnen:

- Wenn es zu wenig Lehrer gibt, dann müssen wir mehr ausbilden und einstellen.
- Wenn die Wirtschaft Arbeitsplätze generieren soll, müssen wir Infrastrukturprojekte umsetzen und Bürokratie abbauen.
- Wenn die Einbruchszahlen regional steigen, braucht man gerade vor Ort mehr Polizei.

Bildung, Wohlstand und Sicherheit für ganz Brandenburg sehen wir als Kernaufgaben unserer Politik an. Wir sind liberale Brandenburger, die zusammen die einzige politische Kraft bilden, die Weltoffenheit und ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft miteinander verbindet. Wir sind die Einzigen, die Ihnen nicht vorschreiben wollen, wie Sie zu leben haben. Wir denken, dass wissen Sie selbst schon am besten. Wir sind die FDP – Die Liberalen – und bitten um ihr Vertrauen.

Wenn Sie unsere Werte und Ziele teilen, fordern wir Sie auf:

Unterstützen Sie uns am 14. September bei der Landtagswahl und geben Sie beide Stimmen der:

FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI

IMPRESSUM

Verantwortlich:

FDP-Landesverband Brandenburg
Behlertstr. 35
14467 Potsdam
Fon: 03 31 29 16 41
Fax: 03 31 29 19 40
lvbrb@fdp.de
www.fdp-brandenburg.de

Graphische Gestaltung:

Himmel & Jord Berlin
Grüntaler Straße 7, 13357 Berlin
Fon: 030 221 99 47 0
Fax: 030 221 99 47 99
berlin@himmeljord.com
www.himmeljord.com